Gießener Anzeiger vom 04.12.2009

Befürchtung, „dass alles wieder so wird wie vorher“

Liga der freien Wohlfahrtspflege mit offenem Brief: Giag-System erhalten

GIESSEN (fod). Mit ihrer im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vereinbarung, dass ab Anfang 2011 Kommunen und Bundesagentur für Arbeit die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen wieder getrennt durchführen sollen, trifft die Bundesregierung bei der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Landkreis auf heftigen Widerstand.

Als Nachfolgeregelung der Ende 2010 aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts auslaufenden Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen mbH (Giag), einer Arbeitsgemeinschaft (Arge) von Landkreis und Arbeitsagentur, würde man nämlich viel lieber das schon in 13 anderen hessischen Kommunen bestehende Optionsmodell sehen, die Verordnung zur Zulassung von kommunalen Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende. In der Hoffnung auf Unterstützung hat die Liga, der Zusammenschluss der in Stadt und Landkreis aktiven Wohlfahrtsverbände, Awo in Stadt und Kreis, Caritas, DRK, Diakonisches Werk und Paritätischer Wohlfahrtsverband, einen offenen Brief an die vier heimischen Bundestagsabgeordneten Dr. Helge Braun (CDU), Rüdiger Veit (SPD), Dr. Hermann Otto Solms (FDP) und Tom Koenigs (Grüne) geschrieben. „Wir bitten Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, es den jeweiligen Kommunen zu überlassen, das Optionsmodell zu wählen“, heißt es im Brief, worin die geplante Neuregelung zudem als „nicht zielführend“ abgelehnt wird. „Unsere größte Befürchtung ist, dass alles wieder so wird wie vorher“, sagte Gabriele Mangold, Regionalgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Gießen. Mit „vorher“ meinte sie die vor der Giag-Gründung 2005 geltende Trennung von Sozialhilfe und Arbeitsvermittlung, die immer wieder für Probleme geführt hatte. Lange Zeit war die Giag Kritik ausgesetzt. Inzwischen seien sich laut Werner Schäfer-Mohr, Geschäftsführer der Awo Gießen-Stadt, Landkreis und Stadt „einig, dass dieses System erhalten werden muss“. So unterstützen die Wohlfahrtseinrichtungen die Überlegungen des Kreises, die Möglichkeit einer optierenden Kommune zu überprüfen, um die funktionierenden Strukturen zu erhalten und auszubauen. „Eine Trennung beider Bereiche wäre ein deutlicher Rückschritt, und würde noch dazu für größere Kosten sorgen“, bekräftigte Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werks Gießen.

Gabriele Mangold, Holger Claes, Werner Schäfer-Mohr und Magnus Schneider (v.l.) machen sich für das Optionsmodell stark. Bild: Docter

Ganz zu schweigen von entstehenden „Konfliktherden“: „Viele Menschen werden nicht mehr wissen, wo sie ihre Anträge stellen sollen“, prophezeite Claes. Während Magnus Schneider, einer der Sprecher des Paritätischen Wohlfahrtsverbands und Vorstand der Lebenshilfe Gießen, von einer „Verschwendung von Steuergeldern ohne gleichen“ sprach und an die enormen Kosten erinnerte, die die Giag-Gründung bereits verschlungen hatte. Vom Optionsmodell erwarten die Liga-Vertreter eine Vernetzung vieler Partner sowie neue Chancen für Zukunftsmodelle, die angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit dringend benötigt werden. Die Zeit von etwas mehr als einem Jahr bis zur Umstellung sei laut Gabriele Mangold ein weiteres Problem. „Es müssen noch ganz viele Sachen geprüft werden“, meinte sie. „Außerdem brauchen wir eine gewisse Planungssicherheit.“ Werner Schäfer-Mohr glaubte, bereits ein „Lähmung“ in den Einrichtungen und bei den Mitarbeitern festgestellt zu haben. Dazu führte Magnus Schneider als Beispiel die Finanzierung berufsintegrierender Maßnahmen für behinderte Menschen an: „Bei der Giag teilte man mir mit, dass diese nur bis Ende 2010 läuft.“

Ebenfalls zu den Verfassern des Briefes gehört Liga-Vorsitzende und Caritas-Direktorin Eva Hofmann.